

# Die Deutschen tragen die Maßnahmen mit

Mannheimer Corona-Studie: Jeder Zweite stellt private Kontakte ein

Von Christian Altmeier

**Mannheim.** Möglichst wenig Kontakte, arbeiten von zuhause, Schulen und Geschäfte bleiben geschlossen: Die Corona-Pandemie hat den Alltag der Menschen drastisch verändert. Doch wieviele Deutsche halten sich tatsächlich an die Maßnahmen? Und wie kommt der Kampf gegen die Ausbreitung des Virus an? Das untersucht die Universität Mannheim nun in einer Studie, für die täglich neue Daten erhoben werden. „Eine derartige Schnelligkeit der Ergebnisse kennt man in der Wissenschaft normalerweise nicht“, berichtet Studienleiterin Annelies Blom.

> **Private Kontakte:** Die Mannheimer Corona-Studie zeigt in ersten Ergebnissen, wie sehr sich die Deutschen bereits in ihren persönlichen Kontakten einschränken. Der Anteil derjenigen, die sich im Laufe einer Woche überhaupt nicht mit Freunden oder Verwandten getroffen haben, lag vor Inkrafttreten der Maßnahmen gegen die Virusverbreitung bei 15 Prozent. Für die sieben Tage vor dem 25. März ist er auf 52 Prozent angewachsen. „Dieser Unterschied hat mich überrascht“, berichtet die Mannheimer Professorin Blom. Denn der Zeitraum habe noch ganz am Anfang der Ausgangsbeschränkungen gelegen. Zudem reduzierte etwa ein Fünftel der Deutschen ihre Treffen von mehreren pro Woche auf eines.

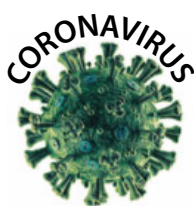
> **Beschäftigungssituation:** An ihren Arbeitsplatz geht derzeit noch gut die Hälfte der Erwerbstätigen. Der Anteil derer, die im Home Office arbeiten, beläuft sich auf knapp ein Drittel. Freistellungen und Kurzarbeit gibt es bislang für gut ein Sechstel der Beschäftigten. „Bei diesen Zahlen hat mich persönlich überrascht, dass immer noch jeder Zweite an seiner Arbeitsstelle tätig ist“, so Blom. Hier zeigt sich, dass es in vielen Berufen nicht die Möglichkeit zum Home Office gebe.

> **Akzeptanz der Maßnahmen:** Die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie stoßen in der Bevölkerung auf eine überwältigende Zustimmung. Fast alle Deutschen halten das Verbot von Veranstaltungen sowie die Schließung öffentlicher Einrichtungen wie Schulen und Universitäten für richtig. Dass die Landesgrenzen für Reisende dicht sind, begrüßen 90 Prozent der Befragten. Etwas anders stellt sich das Stimmungsbild bei der Frage nach einer allgemeinen Ausgangssperre dar: Nicht einmal die Hälfte (44,5 Prozent) der Menschen würde eine derart weitreichende Maßnahme befürworten. Eine komplette Einstellung des Nah- und Fernverkehrs hielte etwa ein Drittel für gut. Zwei Prozent lehnen hingegen alle bisher getroffenen Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie ab.

> **Zufriedenheit mit Politikern:** Bei der Bewältigung der Auswirkungen der Corona-Pandemie nehmen Bundeskanzlerin Angela Merkel, Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) und Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) zentrale Rollen ein. Die Studie hat daher die Zufriedenheitswerte für diese drei Politiker ermittelt. Die Nase vorn hat hier die Kanzlerin, mit deren Arbeit 70,7 Prozent zufrieden sind. Altmaier erreicht 67,9 Prozent Zufriedenheit und Spahn 65,6 Prozent.

> **Die Studie:** Die Studie nutzt die Infrastruktur des „German Internet Panels“. An den Online-Befragungen dieses Panels nehmen in ganz Deutschland über 5000 Personen teil. Für die Corona-Studie wurden die Teilnehmer in Untergruppen unterteilt und jeweils einem Wochentag zugeordnet. „Wir haben einen Rücklauf von etwa 450 Teilnehmern pro Tag“, berichtet Studienleiterin Blom.

Info: Ergebnisberichte zur Mannheimer Corona-Studie: [www.uni-mannheim.de/gip/corona-studie](http://www.uni-mannheim.de/gip/corona-studie)



Allein auf weiter Flur: Laut der Mannheimer Corona-Studie verzichtet bereits die Hälfte der Deutschen auf jegliche Treffen mit Freunden oder Verwandten. Foto: AFP

## Gantz übernimmt Kontrolle in Israel

Neuer Parlamentspräsident

**Jerusalem.** (AFP) Im Machtkampf in Israel ist überraschend Benny Gantz zum neuen Parlamentspräsidenten gewählt worden. Für den Rivalen von Regierungschef Benjamin Netanyahu stimmten am Donnerstag 74 Abgeordnete, 18 votierten gegen ihn. Dabei erhielt Gantz viele Stimmen aus dem Lager Netanjahus, was auf eine mögliche Einigung der beiden Politiker auf eine Machtteilung hindeutete. In seiner Antrittsrede rief Gantz zur Bildung einer Einheitsregierung auf – eine solche hatte zuvor auch schon Netanjahu gefordert.

„Dies sind ungewöhnliche Zeiten und sie rufen nach ungewöhnlichen Entscheidungen“, sagte Gantz mit Blick auf das Coronavirus, mit dem sich auch in Israel schon mehr 2000 Menschen infiziert haben. „Deshalb will ich die Möglichkeiten für die Bildung einer Einheitsregierung ausloten.“ Eine Einheitsregierung von Gantz' Liste Blau-Weiß mit dem Likud von Netanjahu würde die politische Krise beenden, in der Israel seit mehr als einem Jahr steckt.

Das Amt des Parlamentspräsidenten war erst am Mittwoch durch den überraschenden Rücktritt des bisherigen Amtsinhabers Juli Edelstein frei geworden. Edelstein ist Mitglied von Netanjahus konservativem Likud und ein Vertrauter des Regierungschefs.

Allgemein war erwartet worden, dass Gantz einen seiner Vertrauten als Kandidaten für die Nachfolge ins Rennen schickt. Überraschend präsentierte er dann aber seine eigene Kandidatur – einen Gegenkandidaten gab es nicht. Indem Gantz nun Parlamentspräsident ist, haben er und seine Liste Blau-Weiß de facto die Kontrolle über die politische Agenda übernommen.

Israel blickt auf ein Jahr politischer Turbulenzen zurück, nachdem es bei drei Parlamentswahlen keinen eindeutigen Sieger gab. Israels Präsident Reuven Rivlin beauftragte in der vergangenen Woche Gantz mit der Regierungsbildung. Bereits nach den Wahlen im vergangenen September und April waren sowohl Netanjahu als auch Gantz an der Regierungsbildung gescheitert; Netanjahu führte die Regierung seither geschäftsführend.

### NACHRICHTEN

#### EU schickt „Irimi“ aufs Mittelmeer

Nach einem Jahr kehrt die EU mit Schiffen zurück aufs Mittelmeer. Die 27 Botschafter einigten sich am Donnerstag in Brüssel auf ein Mandat für die Operation „Irimi“ zur Überwachung des UN-Waffenembargos gegen Libyen. Die Mission, die ihren Namen von der griechischen Friedensgöttin bezieht, soll ab 1. April aus der Luft, per Satellit und auf dem Meer kontrollieren. Der Einsatz löst die Operation „Sophia“ ab, die Ende März ausläuft, aber seit einem Jahr nicht mehr mit Schiffen vor Ort ist.

#### USA: Kopfgeld auf Maduro

Die USA haben wegen Vorwürfen des „Drogen-Terrorismus“ Anklage gegen Venezuelas Staatschef Nicolás Maduro (AFP-Foto) erhoben und ein Kopfgeld von 15 Millionen Dollar ausgesetzt. US-Außenminister Mike Pompeo erklärte am Donnerstag, die Belohnung werde für Hinweise gezahlt, die zur Ergreifung des linksnationalen



listischen Präsidenten führten. Justizminister William Barr warf Maduro vor, gemeinsam mit den inzwischen aufgelösten Farc-Rebellen über Jahre dafür gesorgt zu haben, dass tonnenweise Kokain in die USA gelang.

#### Rückschlag für Polens Richter

Im Streit um die polnischen Justizreformen haben die Richter vor dem Europäischen Gerichtshof einen Dämpfer erhalten. Der EuGH nahm zwei Verfahren nicht zur Entscheidung an. Darin ging es um einen möglichen Einfluss des Justizministers auf Disziplinarverfahren, die dazu genutzt werden könnten, missliebige Richter loszuwerden. Der EuGH erklärte sich für nicht zuständig, weil die Ausgangsverfahren keinen Bezug zum EU-Recht hätten (Az. C-558/18 und C-563/18). Allerdings betonte der EuGH, den Richtern dürfe dafür kein Disziplinarverfahren drohen, dass sie ihn eingeschaltet hatten.

## „Die Privatsphäre sollte nicht so einfach geopfert werden“

Autor Lobe fürchtet kritisiert das Eingreifen des Staates – Massives Sammeln von Daten

Von Benjamin Auber

**Heidelberg.** Adrian Lobe (31, Foto: zg) ist Autor des Buches „Speichern und Strafen“ (C.H. Beck) und freier Journalist. Der Heidelberger hält Vorträge zum Thema Datenschutz.



#### > Herr Lobe, ist in der Corona-Krise der Datenschutz in Gefahr?

Der Datenschutz fällt als erstes hinten runter, wenn es um höherrangige Güter wie Gesundheit und öffentliche Sicherheit geht. Trotzdem ist die Privatsphäre ein wichtiges Gut, ein Freiheitsrecht, das man nicht so einfach opfern sollte.

#### > Was halten Sie davon, wenn das Robert-Koch-Institut Bewegungsprofile auswertet?

Die Auswertung von Handy-Daten mag ein probates Mittel sein, Mobilitätsmuster zu erstellen und Infektionsketten zurückzuführen, um damit die Epidemie einzudämmen. Trotzdem gebe ich zu bedenken, dass der Ausnahmezustand ein Dammbruch ist, weil er Freiheits Einschränkungen legitimiert, die später, nach Aufhebung des Notstands, nicht mehr zurückgenommen werden. Das Smartphone-Tracking sollte auf den Krisenfall beschränkt sein, weil es nicht nur die Privatsphäre bedroht, sondern Menschen auch stigmatisiert.

#### > Glauben Sie, dass die Überwachung der Gesellschaft während und nach Corona zunehmen wird?

Ich fürchte, dass wir uns mit dem Ausnahmezustand an gewisse Freiheits Einschränkungen gewöhnen werden und Überwachung normalisiert wird. In der chinesischen Provinz kreisen schon jetzt Drohnen, die mithilfe einer KI-gestützten Kamera die Atemschutzpflicht in der Be-

völkerung kontrollieren. Irgendwann wird das bei uns vielleicht auch kommen.

#### > Wie sichern Sie Ihre Daten?

Ich versuche, so viel wie möglich analog zu machen, weil analog die beste Datensicherheit bietet. Allerdings muss ich gestehen, dass ich auch einen Gmail-Account verwende.

#### > Warum ist der Anbieter Google nicht vertrauenswürdig?

Google hat über Jahre hinweg E-Mails mitgelesen, um maßgeschneiderte Werbung auszuspielen. Das ist vergleichbar mit der Post im Gefängnis, die auch geöffnet wird. Nur, dass noch Reklame beigelegt wird. Alles, was ich auf Google suche, kann nachverfolgt werden. Wenn ich

werden im Netz auf Schritt und Tritt verfolgt: Webseitenbesuche, Tastatureingaben, Mausbewegungen, Stimme – alles wird lückenlos erfasst. Aus den Daten entsteht ein Datenkörper, der in einer hermetisch abriegelten Serverfarm wie in einem Hochsicherheitstrakt verwahrt wird. Mit diesem Datenkörper kann man alles machen, was man mit einem physischen Körper eben nicht machen darf. Ich kann ihn ausfragen, traktieren und sogar foltern. Das rüttelt an den Grundfesten unserer Freiheit.

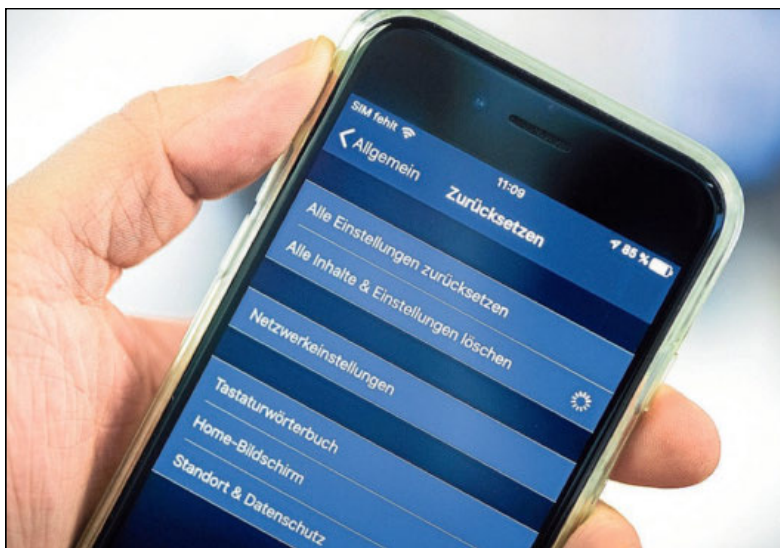
#### > Macht Überwachung im öffentlichen Raum die Gesellschaft nicht sicherer?

Nein, das glaube ich nicht. Intelligente Videoüberwachung, wie sie in Mannheim und bald auch in Heidelberg getestet wird, mag der Aufklärung von Verbrechen dienen. Für die Kriminalprävention bringt sie aber wenig. Was mich viel mehr beunruhigt, ist die Überwachung im Privaten, wo sich Menschen freiwillig den Datenregimen unterwerfen. Zum Beispiel, wenn man das Smartphone per Gesichtserkennung oder Fingerabdruck entsperrt. Das sind Techniken, die einst bei Kranken und Kriminellen angewandt wurden. Heute sind wir sozusagen Profiler in eigener Sache.

#### > Müssen wir denn bei unseren Smartphones Bedenken haben?

Das Smartphone ist die Killer-App der modernen Gesellschaft, weil wir alle wichtigen Informationen darauf speichern, wie Bank-, Versicherungsdaten oder Passwörter. Aber genau das ist das Einfallstor in die Überwachungsgesellschaft. Die Geräte registrieren jeden Schritt, jeden Laut, sogar Treppentufen. Daraus lassen sich detaillierte Bewegungsprofile erstellen. Smartphones sind wie mobile Kerker, die wir im Alltag mit uns herumschleppen.

Info: Wie sich Wahlentscheidungen digital manipulieren lassen, lesen Sie auf [www.rnz.de/politik](http://www.rnz.de/politik)



Mittlerweile lagern auf dem Smartphone immer mehr persönliche Daten. Laut Lobe ein „Einfallstor in die Überwachungsgesellschaft“. Foto: dpa

vor mich hin spinne und meine Gedanken von Google vervollständigt werden, ist es bedenklich. Die Suchmaschine greift in unvollständige Denkprozesse und damit in unsere Intimität ein. Wir leben in einem Datengefängnis.

#### > Befinden wir uns tatsächlich in einem Datengefängnis? Gibt uns die Vernetzung nicht auch eine gewisse Freiheit?

Natürlich ist es eine große Freiheit, im Internet eine kolumbianische Zeitung zu lesen oder mit einem Freund in Jakarta ein Videotelefonat zu führen. Aber wir

## Bulgarische Roma in Bedrängnis

Ganze Stadtviertel wegen Coronaverdacht abgeriegelt

**Berlin/Heidelberg.** (AFP/RNZ) Die Coronakrise verschärft die ohnehin schon prekäre Lage der Roma in Südosteuropa. So berichtet der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, rechtsextreme und nationalistische Politiker in mehreren Staaten Mittelost- und Südosteuropas nutzten den Ausnahmezustand, „um ihre rassistischen Positionen jetzt als Regierungshandeln zu legitimieren und umzusetzen“. Ein gezielt in die Welt gesetztes Gerücht habe dabei eine verheerende Wirkung erzielt: Demnach hätten aus Deutschland heimgekehrte Roma das Coronavirus nach Bulgarien eingeschleppt. Die ersten beiden Bulgaren, die sich infizierten und später sogar starben, hätten sich nur deshalb angesteckt, weil Roma entgegen den Empfehlungen der bulgarischen Regierung sorglos gehandelt und so ihre Landsleute in Gefahr gebracht hätten.

Bulgarische Politiker der extremen Rechten forderten deshalb die Regierung auf, Kontrollstellen an allen von Roma bewohnten Stadtvierteln einzurichten. In der Folge hätten nationale und örtliche Behörden bereits mehrere Roma-Stadtviertel abgeriegelt. Damit würden Roma grundrechtswidrig von jeder medizinischen Versorgung ausgeschlossen sowie ihre Versorgung mit Lebensmitteln und anderen Gütern des täglichen Bedarfs abgeschnitten.

Laut einem Bericht des Portals „Euraactiv“ sehen sich in der Stadt Sliwen die rund 25 000 Roma aus dem Viertel Nadeschda schon einer Blockade gegenüber: Jeder, der das Viertel verlassen wolle, werde von der Polizei kontrolliert. „Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma wendet sich daher umgehend an die Regierungen in den jeweiligen Ländern, an die Institutionen der Europäischen Union und des Europarates, die humanitäre Hilfe für alle betroffenen Menschen, die ohne Versorgung sind, sicherzustellen“, sagt der Zentralratsvorsitzende Romani Rose.

„Der Rassismus gegen Roma, der in diesen Ländern massiv seit Jahren existiert, bekommt durch dieses staatliche Handeln eine neue Qualität“, erklärte der Zentralrat. Er warnte vor der Gefahr „von neuen Pogromen“. Rose forderte die Regierungen Bulgariens und anderer osteuropäischer Länder sowie die EU auf, „nicht zuzulassen, dass Roma erneut als Sündenböcke von Nationalisten und Rassistens missbraucht werden“.